

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

### Politische und soziale Situation

Vor der [Generalversammlung der UNO](#) rühmte die italienische Premierministerin Giorgia Meloni die **nationalistischen Konzepte** von „Nation“ und „Identität“ und forderte ein kollektives Engagement gegen die Bewegungen der Migration, verdeckt als „Kampf gegen kriminelle Organisationen“ oder „Kampf gegen Schleuser\*innen“. Diese Strategie verfolgen auch andere EU-Staaten, die auf der Suche nach Schleuser\*innen immer wieder **Schutzsuchende zu langjährigen Haftstrafen verurteilen**, insbesondere in Griechenland (siehe auch ein [Monitor-Bericht](#) mit *borderline-europe* zur Freilassung von [Homayoun Sabetara](#)).

### Deal mit Tunesien

Der zwischen Tunesien und der Europäischen Union ausgehandelte [Deal](#) zur Blockade der Migrationsbewegungen aus Nordafrika nach Europa wirft weiterhin Fragen auf, Tunesien hat die von der EU versprochenen finanziellen Mittel noch nicht erhalten. Diese waren von der Europäischen Kommission bisher **nicht komplett freigegeben** worden, da der tunesische Präsident Kais Saied der Bindung dieser Gelder an Projekte des Grenzschutzes und der Migrationsabwehr sowie der Abschiebung von in Italien ankommenden Geflüchteten und Migrant\*innen nach Tunesien nicht zustimmt. Darüber hinaus wird derzeit mit einer [Untersuchung der EU](#) geprüft, ob das Abkommen die Einhaltung der Menschenrechte garantiert, d.h. ob der ausgehandelte Deal angemessene Schutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen für Migrant\*innen und Geflüchtete garantiert. Im Lichte der **vielen öffentlichen Menschenrechtsverletzungen der tunesischen Regierung gegenüber Menschen auf der Flucht** erscheint diese Untersuchung obsolet. Tunesien ist selbst von einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise betroffen und kann tunesischen Bürger\*innen kein würdiges und sicheres Leben garantieren. Schutzsuchende – und insbesondere Schwarze Migrant\*innen und Geflüchtete – sind dort täglicheren (Lebens-) Bedrohungen und

Diskriminierungen ausgesetzt (siehe unsere Veröffentlichungen: [Tunesisches Tagebuch](#), Teil 1-3). In einem schmalen Grenzgebiet zwischen Tunesien und Libyen, in das viele Menschen aus anderen afrikanischen Ländern **ausgesetzt wurden**, starben Menschen aufgrund der Hitze, verhungerten und verdursteten. Eine Garantie der Menschenrechte oder der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention gibt es nicht und **Schutzmechanismen bleiben Betroffenen verwehrt**.



Straßenszene in Tunesien, Foto. Ludovica Gualandi

Eine Folge der Aussetzung des Deals könnten auch die zahlreichen Abfahrten aus Tunesien nach Italien sein. Wie die [italienische Zeitung il manifesto](#) berichtete, seien Hunderte von Menschen aus Sfax vom tunesischen Innenministerium in die Städte Jebiniana und El Amra verlegt worden, von wo aus die meisten Abfahrten in Richtung italienische Küsten starten. Zudem seien Maßnahmen zur Räumung des Stadtzentrums von Sfax intensiviert worden. Man kann vermuten, dass dies eine **Strategie des tunesischen Präsidenten ist, um mit der Zunahme an Überfahrten über das Mittelmeer Druck auf die EU aufzubauen**. Dies erinnert an die Konsequenzen des Migrationsabkommens zwischen der EU und der Türkei (welches von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgehandelt wurde). Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nutzte dieses Abkommen, indem er die türkischen Grenzen gen Griechenland öffnete und

die erneute Migrationsblockade an finanzielle Forderungen an die EU band. Schutzsuchende wurden und werden in diesen Szenarien als Instrumente internationaler Politik ausgenutzt, um ihre Rechte geht es dabei nicht.

### Italienische Migrationspolitik

Italien hat eine weitere Aushebelung des Asyl- und Migrationsrechts beschlossen: Ab sofort sollen Staatsangehörige aus so genannten sicheren Herkunftsländern in Haft genommen werden und dort ein beschleunigtes Asylverfahren durchlaufen. Der Haft können sie nur entgehen, wenn sie **eine Kaution von 4.938 Euro** zahlen. Dies geht aus einem im [Amtsblatt Italiens veröffentlichten Dekret](#) hervor. Ein erstes Zentrum mit 84 Plätzen wurde im sizilianischen [Pozzallo](#) [fertiggestellt](#). [Oppositionspolitiker\\*innen](#) kritisierten diesen Beschluss als "unmenschlich".



Abschiebungshaft Caltanissetta, Foto: Borderline Sicilia

Zudem hat die Regierung den **Bau neuer Abschiebezentren** (sog. „Rückführungszentren“) zugestimmt und die Haftzeit für diejenigen, die bereits mit einem Abschiebungsbescheid in Abschiebezentren ankommen und auf ihre Abschiebung warten von [sechs auf 18 Monate](#) verlängert. Dies betrifft hauptsächlich Migrant\*innen, die wegen verschiedener Straftaten angeklagt oder verurteilt wurden und nicht diejenigen, die ohne Papiere in Italien ankommen und Asyl beantragen. Diese Abschiebezentren sind nicht nur humanitär, sondern auch [verfassungsrechtlich](#) umstritten. [In der Praxis](#) werden zudem **nur wenige Menschen tatsächlich in ihre**

**Herkunftsländer abgeschoben**, da Italien mit vielen Ländern kein entsprechendes Abkommen hat. Betroffene werden daher wie Straftäter\*innen behandelt und in Abschiebegefängnissen festgehalten: Im Jahr 2022 wurden 2.900 der 28.000 angeordneten Abschiebungen durchgeführt (ca. 10,4%) und im Jahr 2023 beläuft sich die Zahl der Abschiebungen nach den [bis zum 19. September vorliegenden Daten](#) auf 3.200.

Die neuen Abschiebezentren sollen mithilfe des Militärs errichtet werden, erklärte [Giuliano Foschini](#) der italienischen Zeitung La Repubblica, „ohne dabei die Lösung der Zeltstädte auszuschließen“. Diese werden derzeit vor allem in den Regionen Ligurien, Emilia Romagna und Piemonte errichtet, um die große Zahl ankommender Schutzsuchender unterzubringen. Es ist jedoch [nicht klar](#), wie groß das Budget für den Bau neuer Abschiebezentren sein wird und wer dort untergebracht werden soll. Zudem stellen Zeltstädte keine adäquate Erstaufnahmeeinrichtung dar, klagt der [Bürgermeister von Bologna, Matteo Lepore](#): „(D)ie Regierung macht aus der Ankunft der Migrant\*innen ein Problem der öffentlichen Ordnung, damit Meloni alle Befugnisse einfordern kann.“. Diese Strategie – für Chaos im italienischen Aufnahmesystem zu sorgen, um anschließend mit restriktiven und migrations- und menschenfeindlichen Gesetzen darauf zu reagieren – ist bereits aus der Amtszeit des ehemaligen Innenministers Matteo Salvini bekannt. Zu tatsächlichen Lösungen kam und kommt es dabei nicht.

### Militarisierung des Aufnahmesystems

Die [militärische Wende](#) im italienischen Aufnahmesystem erforderte die **Änderung des Militärrechts**. Die Abschiebezentren (CPR), sowie die Hotspots und außergewöhnlichen Aufnahmeeinrichtungen (CAS) werden nach dem Gesetzesdekret als „Objekte der nationalen Verteidigung und Sicherheit“ eingestuft. Das bedeutet, dass sie den Kasernen, Arsenalen, Marinestützpunkten und Raketenbasen gleichgestellt werden. Die Übergabe neuer Aufnahme- und Haftzentren in die Verantwortung des Verteidigungsministeriums, das diese von Militäringenieur\*innen bauen lässt, reiht sich in die [Militarisierung des Aufnahmesystems](#) ein. Der italienische Verteidigungsminister Guido Crosetto

stellte darüber hinaus klar, dass die Kontrolle innerhalb der Zentren in der Verantwortung der Polizei liegen wird und in den Händen des Innenministeriums bleibt. Er schließe auch die Einrichtung neuer **Zentren auf verlassenen Inseln („Gefängnisinseln“)** nicht aus.

### Europäische Migrationspolitik

Die Europäische Union ist in Bezug auf ihr geplantes Migrationspaket gespalten: Das **Europäische Parlament** hat die **Verhandlungen ausgesetzt**, welche die europäische Asylantragsdatenbank sowie die gemeinsame Überprüfung der Ankünfte betreffen, nachdem der Rat der Europäischen Union diese blockiert hat. Zudem rufen die Diskussionen zu einem Mechanismus zur Umverteilung von Migrant\*innen immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten hervor.

Innerhalb der EU wird Italien **zunehmend stärker isoliert**: Nicht nur der von Meloni ausgehandelte EU-Tunesien-Deal liegt derzeit auf Eis, sondern Frankreich verstärkte (erneut) die Grenzüberwachung an der italienisch-französischen Grenze und der französische Innenminister **Gérald Darmanin** betonte in einem Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen Matteo Piantedosi, dass Frankreich Migrant\*innen und Geflüchtete, die in Lampedusa ankommen, nicht aufnehmen werde.

**Auch Deutschland setzte zuletzt die freiwillige Aufnahme von Schutzsuchenden über den „Solidaritätsmechanismus“ aus.** Über diesen Mechanismus hatte Deutschland eine (geringe) Zahl an Migrant\*innen und Geflüchteten aufgenommen, die in Italien angekommen waren und laut Dublin-III-Verordnungen dort Asyl beantragen müssten. Allerdings ist die Aussetzung des Solidaritätsmechanismus **nicht** als Zeichen gegen die rechte Migrationspolitik Italiens zu werten, da Deutschland ebenfalls Schutzsuchende loswerden möchte: Jene, die laut Dublin-III in Italien Asyl beantragen müssen und die von Italien derzeit **nicht zurückgenommen** werden.

In der Migrationsdebatte der EU werde Migrant\*innen und Geflüchteten selbst **das Recht auf Meinungsäußerung verweigert**, argumentiert **Giuliano Granato** in einem lesenswerten Artikel, und fügt an, dass Betroffene in der Erzählung über die „Migrationskrise“ stattdessen zu Objekten

degradiert würden. Zudem sei die **gegenwärtige Politik von der extremen Rechten geprägt** und konzentriere sich weitgehend auf die Abschottung der EU und die Externalisierung der Grenzen. Extreme bis faschistische Positionen breiteten sich zunehmend auf das gesamte politische Spektrum aus und würden selbst in sozialdemokratische Parteien an Boden gewinnen.

### Plan für Afrika?

Der italienische Außenminister Antonio Tajani wird den Vereinten Nationen einen ausgearbeiteten **„Italienischen Entwicklungs- und Resilienzplan für Afrika“** vorlegen. Dieser 7-Punkte Plan sieht u.a. einen spezielle G7-Gipfel und Hotspots in den Maghreb-Staaten vor (Länder des westlichen und zentralen Nordafrikas: Algerien, Libyen, Mauritien, Marokko und Tunesien). Italien, ein Land, das viele Jahre kolonisierte, maß sich nun also an, einen Plan für Afrika (als Kontinent) auszuarbeiten, an sich schon eine mehr als merkwürdige Vorstellung. Der französische Staatschef Emanuel Macron machte bei seinem Besuch in Rom Ende September klar, dass **Frankreich diesen Plan** weder verstünde noch billige.



Lampedusa, vor dem Hotspot Mitte September 2023, Foto: Maldusa

### Notstand auf Lampedusa

Seit September ist die Zahl der Ankünfte auf Lampedusa stark gestiegen und das Aufnahmesystem auf Lampedusa **zusammengebrochen. Es ist nicht mehr in der Lage, eine so große Zahl von Menschen aufzunehmen.** Es handelt sich bei den aktuellen Herausforderungen auf Lampedusa aber nicht um eine

„Migrationskrise“, sondern um eine **operative Notlage**.

Während in den letzten Jahren rund 10-20% der Anlandungen an italienischen Küsten auf Lampedusa fielen, **sind es derzeit über 65%**. Die verstärkte Rettung von Schutzsuchenden in Seenot und eine Beschleunigung der Überstellungen in die EU könnte dieses Problem lösen. Der **Stadtrat von Lampedusa** hat angesichts Tausender angekommener Schutzsuchenden stattdessen **(erneut) den Notstand ausgerufen**. Das gab Bürgermeister Filippo Mannino am 13. September bekannt (zum Thema „Notstand“ siehe **unser Magazin** „Streiflicht Italien – Zonen der Rechtlosigkeit“). Die lampedusanische Bevölkerung, die durchaus nicht nur Ablehnung zeigte, sondern die Geflüchteten auch mit Nahrung versorgte, fordert die Rückkehr der staatlichen Rettungsmission **Mare Nostrum** (bei der die Geflüchteten nicht nach Lampedusa, sondern direkt nach Sizilien und auf das Festland gebracht wurden). Unterdessen spricht Vizepremier Matteo Salvini von einem „**Kriegsakt gegen Italien**“ und befeuert damit migrationsfeindliche und verschwörungstheoretische Erzählungen. Regierungschefin Giorgia Meloni bat derweil die EU um Hilfen, damit flüchtende Menschen an der Überquerung des Mittelmeeres abgehalten werden können. Notfalls müsse die Marine eingesetzt werden, um Boote am Ablegen von den nordafrikanischen Küsten zu hindern, erklärte sie in einer **Videobotschaft**. Dies ist nach dem sog. „**Hirsi-Urteil**“ von 2012 der EU nicht möglich, da niemand in ein unsicheres Land zurückgeschoben werden darf – auch nicht auf See. Ebenso ist die Rettung von Menschen in Seenot in internationalen Seerechtsübereinkommen verankert.

Der für **389 Personen** ausgelegte Hotspot Contrada Imbriacola war daher zwischenzeitlich mit **über 7.000 Personen belegt** – denen es daher das erste Mal seit Monaten wieder kollektiv gelang, die geschlossene Einrichtung zu verlassen und mit der lokalen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Auf diese Weise waren **Migrant\*innen und Geflüchtete plötzlich wieder auf der Insel sichtbar**. Viele Inselbewohner\*innen versuchen ihr Bestes, um die Ankommenden mit Wasser, Kleidung und Essen zu versorgen. „Wir wissen, was zu tun ist“, wiederholen **viele Einwohner\*innen von Lampedusa**, die durch

die prominente Insellage daran gewöhnt, zusammenzukommen und zu helfen, wo sie können. Auch die örtliche Kirche San Gerlando eröffnete ein kleines Haus namens "Casa della fraternità" (Haus der Brüderlichkeit), um den am stärksten gefährdeten Ankömmlinge eine Zuflucht zu bieten. „Wir haben drei Tage lang nichts gegessen und viele Stunden im Boot verbracht, während uns die Sonne auf den Kopf brannte“, erklärt **Aboubakar**, ein junger Mann aus Mali, der in der Kirche Zuflucht gefunden hat. Es zeigte sich ein Zusammenbruch des jahrelangen Segregationssystems, das jede mögliche Begegnung mit neu angekommenen Menschen untergraben hatte, berichtet die auf Lampedusa tätige **Organisation Maldusa**, „(e)ine Segregation, die auch einen fruchtbaren Boden für Verschwörungstheorien über Migration bot und Menschen auf der Flucht entweder zu Opfern oder zu Tätern einer angeblichen "Migrationskrise" machte“. Verfolgt man die **zahlreichen Beiträge** von Maldusa, so zeigt sich, dass Lampedusa auch eine **Insel im Mittelmeer ohne Grenze** sein kann: **Ein Ort an dem Straßen zur Aufnahme und Begegnung einladen** – und ohne ein geschlossenes Zentrum, das jeden Raum für selbstverwaltete Solidarität erstickt.



Aufruf zum gemeinsamen Trauern nach dem Tod eines Babys bei der Ankunft auf Lampedusa, Foto: Maldusa

Ein Problem bleibt die weiterhin **langsame Umverteilung von unbegleiteten Minderjährigen**. Die meisten unbegleiteten Minderjährigen bleiben im Süden des Landes, da dort mehr Erstaufnahmeeinrichtungen vorhanden sind. Doch hier gibt es kaum freien Plätze, sodass viele Minderjährige in Zentren mit Erwachsenen

untergebracht sind und dadurch nicht den Schutz erhalten, den sie bräuchten.

Die notwendigen Transfers von Lampedusa nach Sizilien führten erneut dazu, dass das große Zelt in Porto Empedocle (Agrigento) mit 1.200 Geflüchteten ebenso völlig überlastet war.

Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wiederhole, dass Italien nicht das Flüchtlingslager Europas sein wird, **setze aber alles daran, es in ein großes Freiluftgefängnis zu verwandeln**, kommentiert [Giansandro Merli](#) die Strategie der italienischen Regierung treffend.

### Internationale Reaktionen

Die deutsche Innenministerin [Nancy Faeser](#) unterstützt den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Luft- und Seegrenzüberwachung an den sog. „Außengrenzen“ der EU zu verstärken. Die [deutsche Bundesregierung](#) begrüßte den von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vorgestellten [Zehn-Punkte-Plan](#) zur Bewältigung der Migration: Dieser sieht u.a. die Erhöhung der Transfers von Lampedusa und das Funktionieren des Solidaritätsmechanismus vor. Auch soll FRONTEX stärker bei Abschiebungen, der Suche nach Schmuggler\*innen und bei der See- und Luftüberwachung eingebunden werden. Insgesamt soll es schnellere Asylverfahren und Abschiebungen geben. Bekanntermaßen werden diese nicht neuen Maßnahmen die Migration und den Menschenschmuggel nicht verringern. Die **effektivste Gegenmaßnahme gegen Menschenschmuggel sind und bleiben legale Einreisewege**

[Frontex](#) weitet seine Unterstützung für Italien im Bereich des Grenzschutzes aus. Die Agentur hat sich bereit erklärt, die Zahl der Flugstunden zur Überwachung des zentralen Mittelmeers zu verdoppeln und zusätzliche Satellitenbilder der wichtigsten Abfahrtsorte von Flüchtenden in Nordafrika bereitzustellen.

Erfreulicherweise wird Portugal über den europäischen Solidaritätsmechanismus Geflüchtete aus Lampedusa aufnehmen. Dies erklärte der portugiesische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, [Tiago Antunes](#). Eine genaue Zahl nannte Antunes nicht.

### Situation der Geflüchteten

In einer Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete Minderjährige in Rosolini in der Region Syrakus (Sizilien) protestierten rund [Migrant\\*innen und Geflüchtete](#) gegen die **unzureichende Wasserversorgung, mangelnde hygienische Bedingungen, schlechtes Essen und stinkenden Müll**. Der Protest wurde von der Polizei niedergeschlagen. Die vom Italienischen Roten Kreuz verwaltete Einrichtung gab die Verantwortung der Müllabfuhr und der Wasserversorgung wohl an private Unternehmen ab, welche sich nur unzureichend darum kümmern. Die Leidtragenden sind die rund 180 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und Migrant\*innen, die in dieser notdürftigen Einrichtung untergebracht sind.



Unbegleitete Minderjährige in einer sizilianischen Unterkunft. Foto: Borderline Sicilia

Im [Aufnahmezentrum S. Anna in Isola di Capo Rizzuto in der Provinz Crotone](#) (Kalabrien) werden bis zu **200 unbegleitete Minderjährige de facto inhaftiert** und über lange Zeiträume, manchmal bis zur Volljährigkeit, unter unzureichenden materiellen Bedingungen in sozialer Isolation festgehalten. Das ist das Ergebnis zweier Inspektionen der italienischen Anwalt\*innenvereinigung ASGI in der Erstaufnahmeeinrichtung (zuletzt am 14. Februar diesen Jahres). ASGI hat daher beim Zivilgericht von Catanzaro die **sofortige Freilassung** der unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten und Migrant\*innen beantragt, da dies einen offenen Verstoß gegen (...) die Unverletzlichkeit des Rechts auf persönliche Freiheit“ darstelle, heißt es in einer Mitteilung.

Erst am 31. August wurde der italienische Staat vom Europäischen Gericht für Menschenrechte (EGMR)

aufgrund des **unangemessenen Schutzes eines minderjährigen Mädchens** verurteilt (wir berichteten in der [Ausgabe 16/2023](#) dieses Newsletters).

Der italienische Präsident [Sergio Mattarella](#) hat zum Beginn des neuen Schuljahres betont, dass Migrant\*innen und ihre Kinder ein großes Potenzial für das Land darstellen. Er wies darauf hin, dass etwa 800.000 Schüler\*innen – das sind ein Zehntel aller Einschreibungen an italienischen Schulen – Migrant\*innen oder die Kinder von Migrant\*innen sind. Diese seien **einem höheren Risiko von Schulabbrüchen** ausgesetzt, da sie häufig in Armut lebten (diese Armut ist u.a. das Resultat politischer Entscheidungen, das sollte hierbei nicht vergessen werden).

**Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtlosigkeit“](#).**

Kontakt

[borderline-europe](#)

**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**

<https://www.borderline-europe.de/>

[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

**PRO ASYL**  
**DER EINZELFALL ZÄHLT.**